



Geburtshilfe für ein neues Gesetz – Zukunft der Hebammen retten!

Rede von Cornelia Möhring, 12. Mai 2016

Cornelia Möhring (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kühne, ich habe den Eindruck, Sie leben in irgendeinem Paralleluniversum, aber es kann mit der Realität in der Geburtshilfe wahrlich nicht viel zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die Geburtshilfe in unserem Land ist es nämlich wahrlich sehr schlecht bestellt, und das seit Jahren.

(Dr. Roy Kühne (CDU/CSU): Welcher Vergleich?)

Der Hebammenberuf ist in großer Gefahr. Ihre Bundesregierung hat mitnichten irgendetwas angeschoben, was diese Situation wirklich nachhaltig verbessert.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, die Tausenden von Petitionen, die mittlerweile beim Bundestag eingehen, wo sich die Bevölkerung aufmacht und Gegenwehr gegen diese Politik des Aussitzens zeigt, machen deutlich, wie

sehr dieses Thema die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Wir haben rund 21 000 Hebammen in Deutschland, und nur noch 2 500 von ihnen bieten freiberufliche Geburtshilfe an. Freiberufliche Hebammen müssen sich faktisch auf die Geburtsvorbereitung und die Wochenbettpflege beschränken. Ein wesentliches Kernstück, die Geburtshilfe, fällt fast völlig heraus, weil sich die Hebammen die hohen Haftpflichtprämien schlicht nicht mehr leisten können. Das waren Zahlen vom Hebammenverband, falls Sie danach suchen.

(Dr. Roy Kühne (CDU/CSU): Welcher Hebammenverband? Welche Zahlen?)

Wir reden tatsächlich nicht über Peanuts, wenn wir über Haftpflichtprämien reden. Die Versicherungsbeiträge sind extrem gestiegen. Sie lagen 1998 noch bei 394 Euro. Jetzt, ab Juli 2016, werden sie trotz Ihrer Mangel-Maßnahmen auf 6 843 Euro ansteigen. Ich meine, so stark sind die Vergütungen nicht gestiegen, dass eine Hebamme bei vier Geburten im Jahr dann tatsächlich überlebensfähig ist. Den hohen Versicherungsbeiträgen steht nämlich ein sehr geringes Einkommen gegenüber. Der durchschnittliche Jahresumsatz einer freiberuflichen Hebamme liegt bei rund 24 000 Euro brutto. Der durchschnittliche Stundenlohn, wenn man es einmal herunterrechnet, liegt für den gesamten Aufwand gerade einmal zwischen 7,50 Euro und 8,50 Euro.

In den Kliniken sieht es auch nicht wirklich gut aus. Die in den Krankenhäusern beschäftigten Hebammen arbeiten mittlerweile zu über 70 Prozent in Teilzeit. Es gibt viel zu wenig Personal. Oft müssen gleichzeitig mehrere Geburten zur selben Zeit betreut werden. Das ist ungeheuer stressig, und das Risiko für Mutter und Kind steigt natürlich. Berufsethisch ist es auch schwierig, weil die Hebammen einen ganz anderen Anspruch an ihren wichtigen Berufen haben. Auch

deswegen hängen mittlerweile viele Hebammen ihren Beruf an den Nagel. Mittlerweile werden immer mehr Geburtsstationen in den Krankenhäusern dichtgemacht. Die Wege für die Schwangeren werden länger, und im ländlichen Raum ist eine wohnortnahe Versorgung überhaupt nicht mehr möglich.

Als Schleswig-Holsteinerin erlauben Sie mir, auch etwas zur Situation auf den Inseln zu sagen. Gebürtige Helgoländerinnen, Amrumer, Sylterinnen sind mittlerweile Vergangenheit. Inselgeburten gibt es nicht mehr. Eine Schwangere, die auf den Inseln lebt, muss mindestens zwei Wochen vor der Geburt in ein sogenanntes Boarding-House auf dem Festland. Das ist alles andere als ein entspanntes Warten auf die Geburt. Es bedeutet Trennung von den anderen Kindern, vom Partner, von der gewohnten Umgebung und von der Hebamme, mit der sich die Frau auf die Geburt vorbereitet hatte. Hinzu kommt die Unsicherheit, ob der Partner es überhaupt rechtzeitig schafft, bei der Geburt beizustehen. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünscht sich wirklich keine Frau die sogenannte Niederkunft.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Frau Möhring, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kühne zu?

Cornelia Möhring (DIE LINKE):

Selbstverständlich.

Dr. Roy Kühne (CDU/CSU):

Sehr geehrte Kollegin, Sie zitieren Zahlen, und wir alle wissen, dass Statistiken häufig problematisch zu sehen sind. Ich habe eine ganz konkrete Frage: Können Sie mir Zahlen nennen, wie viele Hebammen weniger es momentan in Deutschland gibt, wie viele Geburtshäuser seitdem geschlossen haben, wie viele

Geburtshäuser seitdem eröffnet wurden und welche Anzahl an Mangelgebieten im Hinblick auf die geburtstechnische Versorgung wir derzeit in Deutschland haben?

Cornelia Möhring (DIE LINKE):

Genau darüber rede ich ja.

(Dr. Roy Kühne (CDU/CSU): Zahlen!)

Die Hebammenzahlen sind zurückgegangen. Zumindest ist die Zahl der freiberuflichen Hebammen, die noch Geburtshilfe leisten, stark gesunken: Es waren vor zwei Jahren noch weit über 3 000; es sind jetzt nach Angaben des Hebammenverbandes 2 500.

Ich habe ja gerade von Schleswig-Holstein gesprochen. Die Inselversorgung ist nicht mehr gesichert. Im ländlichen Raum sieht es ähnlich aus. Krankenhäuser legen ganze Geburtsstationen still, weil diese einfach nicht mehr wirtschaftlich sind.

In Notfällen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es dann vollständig gruselig. Neulich musste zum Beispiel eine junge Frau aus Amrum, deren Baby zu früh kam, mit dem Seenotrettungskreuzer von Amrum nach Dagebüll, von Dagebüll weiter mit dem Krankenwagen nach Flensburg; Letzteres - das dauerte eine gute Stunde - ohne Hebammenunterstützung. Das ist doch wirklich irre.

Falls jetzt jemand von Ihnen denkt: „Na ja, selber schuld. Wenn man auf einer Insel wohnt, hat man es halt nicht besser“, dem entgegne ich: Nein, für alle Frauen, egal ob sie auf einer Nordseeinsel, in einer Großstadt oder auf dem Dorf wohnen, gilt das Recht auf Selbstbestimmung. Dazu gehört, dass Frauen selber über sich und ihren Körper bestimmen. Dazu gehört auch die freie Entscheidung darüber, wo Frauen ihre Kinder zur Welt bringen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

Bei den Frauen auf Helgoland, Amrum oder anderen Inseln wird dieses Recht bereits mit Füßen getreten. Sollte keine Lösung gefunden werden, ist das Selbstbestimmungsrecht von Frauen im ganzen Land in Gefahr. Beides dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es muss jetzt aus unserer Sicht schnell gehandelt werden; denn die Situation ist wirklich kritisch genug. Meine Fraktion fordert anstatt der Abhängigkeit von privaten Versicherungen mit hohen Versicherungsbeiträgen, die arm machen, einen Fonds zur Haftung bei Behandlungsfehlern, in den alle Leistungserbringer einzahlen. Wir meinen, die Versorgung mit Hebammenleistungen gehört zur Grundversorgung der Bevölkerung. Sie muss wohnortnah erfolgen, zum Beispiel über Versorgungszentren, Hebammenstützpunkte, Kooperationen. Wir wollen den Hebammenberuf nicht nur erhalten, sondern aufwerten. Hebammen sollen, wie in den Niederlanden, erste und wichtigste Ansprechpartnerinnen für Schwangere sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bedingungen sollen eine Eins-zu-eins-Betreuung in der Schwangerschaft, bei der Geburt und im Wochenbett gewährleisten. Die Vergütung der Hebammen muss sich selbstverständlich daran orientieren, also höher sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist alles machbar, wenn der politische Wille da ist. Den Weg, um diesen politischen Willen umzusetzen, zeigen wir in unserem Antrag auf. Stimmen Sie dem Antrag einfach zu.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des

BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)